



Yvonne Feri Ihre Nationalrätin Ihre Stimme



Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Bern, 15. Juni 2018

Bericht aus der Session – Nummer 27 Rückblick auf die Sommersession

Geschätzte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Bereits ist es wieder Juni und bald die Hälfte des Jahres schon wieder vorbei. Somit liegt auch die zweite Session 2018 hinter uns.

Dabei ging es vor allem bei der Diskussion zur Selbstbestimmungsinitiative turbulent zu und her. Über 80 Redner/-innen hatten sich eingetragen. Diese grosse Zahl war innerhalb der geplanten Stunden nicht zu schaffen. Deshalb wurde eine Nachtsitzung anberaumt, der Rat benötigte für das Geschäft schlussendlich rund zehn Stunden. Die geplante Verlängerung der Sitzungszeit war nicht im Sinne der SVP, sie stellte sich dagegen. Ihr Ziel war klar ersichtlich: Das Geschäft sollte (noch) nicht behandelt werden, so dass die Volksabstimmung darüber im Wahljahr 2019 stattfinden würde. Die SVP stellte dann den Antrag, die Anwesenheit auf Beschlussfähigkeit zu prüfen. Das haben wir mit 125 Anwesenden erreicht, die SVP glänzte besonders mit Abwesenheiten. Nach einer neunstündigen Debatte wurde die Initiative schlussendlich mit 127 zu 67 Stimmen vom Nationalrat abgelehnt.

Erwähnenswert finde ich auch den Vorstoss von Irène Kälin. Sie fordert, dass ParlamentarierInnen zukünftig nur noch ein GA der 2. an Stelle der 1. Klasse erhalten. Ich habe mich bei dieser Abstimmung meiner Stimme enthalten. Argumente von beiden Seiten haben ihre Berechtigung. Falls Sie sich genauer über die Bezüge der Ratsmitglieder informieren möchten, können Sie das [hier](#) tun.

Das Thema ausserfamiliäre Kinderbetreuung gehörte auch in diese Session. Entgegen der Meinung des Bundesrats hat sich der Nationalrat für eine Verlängerung des Impulsprogramms zur Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen entschieden. Die Vorlage geht nun an den Ständerat. Ich bin der Meinung, dass die Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen weiterhin hoch ist, und



dass ihre Schaffung ein Gewinn für alle ist. Für die Familien, die Eltern, die Kinder, aber auch der Staat profitiert finanziell. Sind beide Elternteile erwerbstätig, erhöht sich die Steuersumme und durch eine Erwerbstätigkeit kann auch Sozialhilfe eingespart werden. Aber wir sind nach wie vor weit von einer Gleichstellung der Elternteile entfernt. Das Thema Vaterschaftsurlaub kommt nicht so gut in Fahrt. Der Bundesrat hat die Ablehnung der eingereichten Initiative beschlossen. Ich finde dies sehr schade und hoffe, dass das Parlament schlussendlich doch noch zu einem Kompromiss findet. Das zu erreichende Endziel ist ganz klar eine Elternzeit.

Auch eine Volksabstimmung fand während dieser Session statt. Am 10. Juni haben wir über die Vollgeldinitiative und das Geldspielgesetz abgestimmt. Erstere wurde deutlich abgelehnt, das Geldspielgesetz deutlich angenommen. Bedauerlich finde ich, dass wir mit 33.7% die tiefste Stimmbeteiligung seit 6 Jahren hatten.

Übrigens sitze ich im Nationalrat neu zwischen Carlo Sommaruga (GE) und Matthias Aebischer (BE). Durch den Abgang von Evi Allemann, sie wurde in den Regierungsrat des Kantons Bern gewählt, ergab sich diese Sitzrochade.

Auch im Präsidium der SP Aargau gab es eine Veränderung. Am Parteitag der SP Aargau haben wir das Co-Präsidium Cédric Wermuth und Elisabeth Burgener nach 4 Jahren verabschiedet. Ihnen gebührt ein grosses Dankeschön für ihre Arbeit und ihren Einsatz. An ihre Stelle tritt neu Gabriela Suter. Ich wünsche ihr viel Erfolg und freue mich auf eine gute Zusammenarbeit.

Weitere ausgewählte Themen in diesem Sessionsbericht:

- Schulsportlager
- Atomwaffen
- Frauenquote
- Meine persönlichen Geschäfte

Es gibt aber noch andere interessante Themen, lesen Sie doch den ausführlichen Sessionsbericht auf den folgenden Seiten.

Nun wünsche ich Ihnen einen sonnigen Sommer, herzlichst Ihre

Yvonne Feri
Nationalrätin SP/AG
Präsidentin Stiftung Kinderschutz Schweiz



15.06.2018
Aus dem Nationalrat
Bericht aus der Session
Nummer 27
Rückblick auf die
Sommersession...

SCHULSPORTLAGER: Die Regierung muss prüfen, wie obligatorische Schulsportlager in Zukunft zusätzlich mit Bundesgeldern unterstützt werden könnten. Das hat der Nationalrat entschieden. Die Durchführung solcher Lager ist nach einem Bundesgerichtsentscheid gefährdet. Der Aufwand, um Lager zu organisieren, sei grösser geworden, sagte Postulant Duri Campell (BDP/GR). "Es muss eine Möglichkeit geben, mehr Geld zu sprechen für unsere Kinder." Die Mehrheit des Nationalrats teilte seine Sorgen und überwies den Vorstoss mit 171 zu 10 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Der Bundesrat muss nun aufzeigen, welche Möglichkeiten im Rahmen des Programms "Jugend+Sport" (J+S) bestehen, um obligatorische Schulsportlager verstärkt zu unterstützen.

Kommentar: Ich finde diese Entwicklung sehr erfreulich. Denn bereits in meiner Zeit als Gemeinderätin war ich unzufrieden damit, dass die Elternbeiträge regelmässig stiegen und die öffentliche Hand sich immer mehr zurückzog. Die Möglichkeit an Lagern (das gilt auch für Wanderlager, Projektlager etc.) teilzunehmen, sollte allen Kindern offenstehen.

KOPFTUCH: Nationalrat Jean-Luc Addor (SVP/VS) macht sich Sorgen, Soldatinnen der Schweizer Armee könnten dereinst vermehrt mit einem islamischen Schleier zum Militärdienst antreten. Mit der Motion "Keine verschleierte Soldatinnen in unserer Armee!" wollte er diesem Szenario vorbeugen. Die Armee müsse ein Ort der Integration sein und habe keinen Platz für ein Symbol, das unter anderem für die Unterdrückung der Frau und für den Vormarsch des Islams stehe. Der Nationalrat lehnte seinen Vorstoss mit 123 zu 65 Stimmen ab. Auch der Bundesrat war dagegen. Das Tragen von privaten Ausrüstungsgegenständen sei klar geregelt: Sie seien bereits heute verboten, wenn sie sichtbar würden. Es brauche dafür keine zusätzlichen rechtlichen Grundlagen. *Kommentar: In Anbetracht der grossen Anzahl an Geschäften, die jeweils zu verhandeln sind, finde ich es amüsant, womit wir uns in unserer knappen Zeit auch noch befassen müssen. Wer hat schon eine verschleierte Person in der Armee gesehen?*

ATOMWAFFEN: Der Nationalrat fordert den Bundesrat auf, so rasch wie möglich den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen und dem Parlament zur Genehmigung vorzulegen. Er hat eine Motion von Carlo Sommaruga (SP/GE) mit 99 zu 87 Stimmen angenommen. Die Schweiz habe dem Vertrag 2017 in der Uno-Generalversammlung zugestimmt, sagte Sommaruga. Es sei unverständlich, dass der Bundesrat das Abkommen noch immer nicht unterzeichnet habe. Der Bundesrat unterstütze das Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt, erklärte Aussenminister Ignazio Cassis. Keiner der Staaten, die Kernwaffen besitzen, werde jedoch dem Vertrag beitreten. Zudem gebe es offene rechtliche und politische Fragen. So könnte der Atomwaffenverbotsvertrag andere Instrumente schwächen, zum Beispiel das Abkommen über die Nichtverbreitung von Kernwaffen.



Kommentar: Ich freue mich, dass auch aus meiner Sicht Positives angenommen wird. Ein Erfolg! Wie es mit diesem Geschäft weitergeht, werde ich aufmerksam beobachten.

HÖRNER: Wie der Ständerat und Bundesrat ist auch der Nationalrat der Auffassung, dass Hörner von Kühen und Ziegen nicht in die Verfassung gehören. Er empfiehlt deshalb die Initiative "Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere" mit 108 zu 42 Stimmen bei 33 Enthaltungen ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung. Die Mehrheit argumentiert, dass Beiträge für Tiere mit Hörnern in der Landwirtschaft kompensiert werden müssten. Es würde also ein neuer Subventionstatbestand geschaffen. Die Urheber der Hornkuh-Initiative wollen erreichen, dass weniger Tiere enthornt werden. In der Verfassung soll verankert werden, dass horntragende Kühe und Ziegen finanziell gefördert werden.

Kommentar: Hier habe ich mich meiner Stimme enthalten. Einerseits kann ich das Anliegen gut nachvollziehen. Andererseits bin ich dafür, unsere Verfassung nicht immer weiter aufzublähen. Dass die persönliche Einschätzung zwiespältig ist kommt immer wieder vor und gehört zur Politik.

FRAUEN: Der Nationalrat will keine Frauenquote auf den Listen für die Nationalratswahlen. Er hat eine parlamentarische Initiative von Sibel Arslan (Grüne/BS) abgelehnt. Diese hatte zum Ziel, den Anteil der Frauen im Parlament zu erhöhen. Das Gesetz sollte vorschreiben, dass auf den Listen beide Geschlechter mit mindestens je einem Drittel pro Partei vertreten sein müssen. Diese Regel

könne einen gewissen Beitrag zur Frauenparität leisten, sagte Arslan. Nach Ansicht der Ratsmehrheit würden die Parteien dadurch zu stark eingeschränkt.

Kommentar: Mit einem ähnlichen Vorstoss war auch ich vor einiger Zeit leider chancenlos. Schade.

Es ist schlicht und einfach das Recht der Frauen, die Hälfte der Macht für sich zu beanspruchen.

Alice Schwarzer

GESUNDHEIT: Wer seine

Krankenkassenprämien nicht bezahlt, wird in einigen Kantonen nur noch in Notfällen medizinisch versorgt. Der Bundesrat stellt die Wirksamkeit solcher Listen säumiger Prämienzahler infrage, wie er in seiner Antwort auf mehrere Fragen schreibt. Das Parlament hat die Ausgestaltung der sogenannten schwarzen Listen offengelassen und die Kompetenz zur Schaffung solcher an die Kantone delegiert. Der Bundesrat begrüsse die Absicht von mehreren Kantonen, die Anwendung der schwarzen Listen zu überdenken, hält er in der schriftlichen Antwort auf Fragen aus der Fragestunde des Nationalrats fest.

Kommentar: Auch von mir gab es dazu zwei Fragen. Eine davon zielte darauf ab, die Prämien direkt vom Lohn abzuziehen. Dazu gab es eine rege Diskussion im Internet. Es gab sogar eine Mehrheit, die dafür war, dass man auch die Steuern direkt abzieht. Der Bundesrat sieht jedoch viele Probleme. Zum Beispiel der administrative Aufwand und das Vorgehen bei Selbständigerwerbenden.

Persönliche Vorstösse und Geschäfte in der Sommersession:

- [18.1029](#) Hypnose und Hypnosetherapie als Sparpotential
- [18.5295](#) Krankenkassenprämien. Systemänderung in Bezug auf die Höhe
- [18.5296](#) Krankenkassenprämien. Zahlung über Lohnabzug